

Liechtenstein-Institut
Forschung und Lehre

Zoltán Tibor Pállinger

**Problemlöser oder Problemerzeuger – Über
die Leistungsfähigkeit politischer Systeme**

Erweitertes Manuskript eines Vortrages im
Liechtenstein-Institut vom 26. Oktober 2004

Beiträge Nr. 26/2005
ISBN 3-9522986-4-6

Beiträge Liechtenstein-Institut Nr. 26/2005

Die Verantwortung für die „Beiträge Liechtenstein-Institut“
liegt bei den jeweiligen Autoren.

Kontakt: Dr. Zoltán Tibor Pállinger (zp@liechtenstein-institut.li)

Zoltán Tibor Pállinger

Problemlöser oder Problemerzeuger – Über die Leistungsfähigkeit politischer Systeme

Erweitertes Manuskript eines Vortrages im
Liechtenstein-Institut vom 26. Oktober 2004

Beiträge Nr. 26/2005
ISBN 3-9522986-4-6

Fachbereich Politikwissenschaft

Liechtenstein-Institut, Auf dem Kirchhügel, St. Luziweg 2, FL-9487 Bendern
Telefon (00423) 373 30 22 - Fax (00423) 373 54 22
<http://www.liechtenstein-institut.li> - admin@liechtenstein-institut.li

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Grundlagen	2
3	Leistungsprofile hoch entwickelter Demokratien	7
4	Bestimmungsgründe der Performanz	11
4.1	Sozio-ökonomischer Ansatz	12
4.2	Politisch-institutioneller Ansatz	14
4.3	Theorien der Parteiherrschaft	17
4.4	Machtressourcen-Ansatz	19
4.5	Ein Anwendungsbeispiel: Leistungsprofile der Schweizer Kantone	20
5	Schlussfolgerungen	22
6	Literatur	24
7	Anhänge	29
7.1	Anhang 1: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	29
7.2	Anhang 2: Soziale Leistungsfähigkeit	30
7.3	Anhang 3: Gleichheit.....	31
7.4	Anhang 4: Nachhaltigkeit.....	32
7.5	Anhang 5: Demokratie	33
7.6	Anhang 6: Umfassende Leistungsfähigkeit.....	34

1 Einleitung

Der Begriff der „Leistungsfähigkeit“¹ ist uns aus unserem alltäglichen Vokabular bestens vertraut. Die Leistungen unserer Kinder werden in der Schule anhand von Noten, die Leistungsfähigkeit von Automobilen anhand ihrer Höchstgeschwindigkeit, die Leistungsfähigkeit einer Baubehörde anhand der bearbeiteten Baugesuche gemessen. Die Zahl der Beispiele liesse sich beliebig vermehren, doch mit ihnen soll nur illustriert werden, dass das Konzept der „Leistungsfähigkeit“ in zahlreichen – alltäglichen – Kontexten eine Rolle spielt. Darum erstaunt es auch nicht, dass in der öffentlichen Diskussion ein Bedürfnis besteht, die Leistungen von Staaten (oder genauer von politischen Systemen) zu erfassen. So versuchen etwa die kürzlich erschienenen „World Competitiveness Yearbook“ des International Institute for Management Development (IMD)² und „Global Competitiveness Report“ des World Economic Forums (WEF)³ die – wirtschaftliche – Wettbewerbsfähigkeit von Staaten im internationalen Vergleich zu messen und zu verorten. Solche Bewertungen haben nicht nur Auswirkungen auf die Entscheidungen von (globalen) Investoren, die Bonität der Staaten etc., sondern finden auch Eingang in die Innenpolitik: Das jährliche Auf oder Ab in den Standortrankings bietet Diskussionsstoff für die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition.

Im Gegensatz zur tagespolitischen Diskussion stehen für die Wissenschaft nicht die kurzfristigen Schwankungen, sondern die systematische Erfassung und Erklärung des Phänomens der „Leistungsfähigkeit“ im Vordergrund. Der vorliegende Beitrag will einen Überblick über den aktuellen Stand der politikwissenschaftlichen Performanzforschung geben. Dazu sollen erstens der Begriff definiert und das Konzept der politischen Leistungsfähigkeit systematisch entfaltet werden. In einem zweiten Schritt werden anhand konkreter Politikbereiche die Leistungsprofile ausgesuchter Staaten dargestellt und der Unterschied zwischen Autokratien und Demokratien herausgearbeitet. Drittens werden im Hauptteil dieser Arbeit die wichtigsten Ansätze zur Erklärung der politischen Performanz vorgestellt. Abschliessend werden in einem vierten Schritt die Schlussfolgerungen sowie offene Fragen und künftige Herausforderungen präsentiert. Obwohl die hier angesprochenen Fragestellungen allgemeiner Natur sind, konzentrieren wir uns in der Darstellung der Probleme und der Lösungsansätze überwiegend auf die westlichen Industrienationen. Eine ausführliche Untersuchung der entwicklungspolitischen Dimension kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden.

¹ Im Rahmen dieser Arbeit werden die Begriffe „Leistungsfähigkeit“ und „Performanz“ synonym verwendet.

² Vgl. <http://www02.imd.ch/wcc/ranking/> (besucht im Dezember 2004).

³ Vgl. <http://www.weforum.org/site/homepublic.nsf/Content/Global+Competitiveness+Programme%5CGlobal+Competitiveness+Report> (besucht im Dezember 2004).

2 Grundlagen

In der modernen Politikwissenschaft finden häufig systemtheoretische Ansätze Verwendung.⁴ Im vorliegenden Fall sind sie besonders geeignet, die Frage der „Leistungsfähigkeit“ in einem umfassenden Rahmen zu erörtern. Gemäss dem systemtheoretischen Verständnis bestehen Systeme aus Strukturen, aus deren Interaktion Prozesse resultieren. Dabei wird in der politischen Systemtheorie Politik als eigenes gesellschaftliches Subsystem aufgefasst, welches sich von den anderen (Teil-)Bereichen der Gesellschaft abgrenzen lässt. „[Das politische System ist] jenes Subsystem eines Gesellschaftssystems, das sich ... zu dem Zweck entwickelte, für eine Gesellschaft allgemeine Verbindlichkeit herzustellen.“⁵ Das politische System ist der allgemeinen systemischen Logik unterworfen: Es ist darauf ausgerichtet, seinen Bestand zu sichern und seine spezielle Funktion (d.h. Herstellung allgemeiner Verbindlichkeit) zu erfüllen.⁶

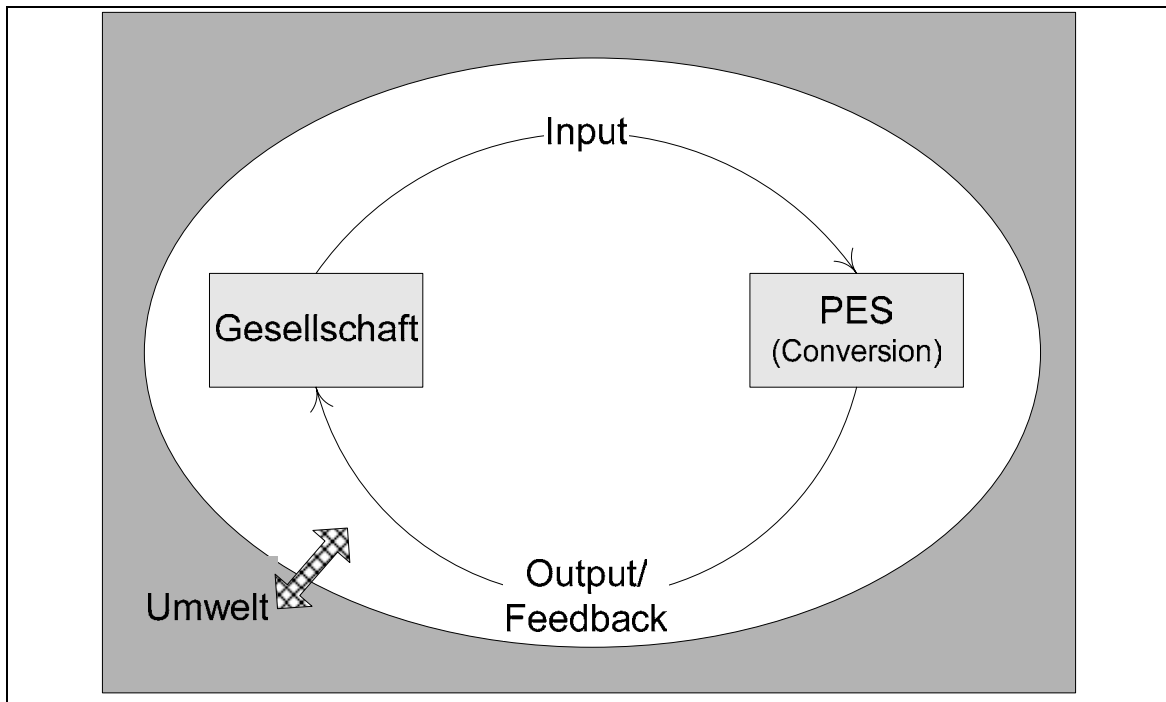
Ein politisches System lässt sich stark vereinfacht wie folgt beschreiben: Als eines von mehreren Subsystemen ist es in gesellschaftliche und aussergesellschaftliche Umwelten eingebettet und grenzt sich von diesen ab, um seine eigene Identität sicherzustellen. Die Gesellschaft (Bürgerinnen und Bürger, aber auch andere gesellschaftliche Gruppierungen) hat Interessen und Vorstellungen. Aus diesen entstehen Forderungen (Input) an das politische Entscheidungssystem (PES). Dieses greift die Forderungen auf und entscheidet diese auf verbindliche Weise und setzt Leistungen zuhanden der Gesellschaft frei (conversion). Diese Leistungen (Output – Feedback) fliessen wieder in die Gesellschaft zurück und bilden die Grundlage für neue Forderungen. (vgl. Abbildung 1):

⁴ Systemtheoretische Ansätze suchen nach Ordnung(en) in den komplexen Phänomenen, welche die „Realität“ konstituieren. Dabei problematisieren sie das Verhältnis vom Ganzen zu seinen Teilen: „Ein System erscheint aus dieser Sicht als ein Ganzes, das aus dem Zusammenwirken mehrerer Teile entstanden ist, und das mehr bedeutet als die blossе Anhäufung dieser Teile.“ Dabei sind sowohl das Gesamtsystem als auch seine Teile bestrebt, vier Zielsetzungen zu erreichen: Anpassung an die Systemumwelt, Zielerreichung, Integration und Strukturhaltung. [Seiffert (1992), Bd. III, S. 124.] Man spricht in diesem Zusammenhang auch vom AGIL-Schema. Dieser Begriff ist ein Akronym, welches aus den entsprechenden englischen Wörtern gebildet wird: *Adaptation*, *Goal-attainment*, *Integration* und *Latent pattern-maintenance*.

⁵ Patzelt (1993), S. 127.

⁶ Schreyer/Schwarzmeier (2000), S. 39.

Abbildung 1: Einfaches politisches System



Ausgehend von diesem Modell lässt sich Politische Performanz als „bewertetes Ergebnis der politischen Prozesse“⁷ definieren. Dabei kann zwischen *systemischer* und *demokratischer Performanz* unterschieden werden. Jedes politische System muss für die Gesellschaft bestimmte Leistungen erbringen, nämlich die Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen. Solche Leistungen kann die Demokratie besser oder schlechter erbringen; sie konkurriert in dieser Hinsicht mit anderen Herrschaftsformen. Diese Art der Leistungsfähigkeit, die Leistungen wie Wirtschaftswachstum oder die Gewährleistung der inneren Sicherheit umfasst, wird als systemische Performanz bezeichnet.⁸ Das Demokratieelement gewinnt erst dann eine spezifische Bedeutung, wenn untersucht werden soll, wie diese Ziele auf die Agenda kommen und auf welche Art sie realisiert werden sollen. In diesem Sinne bezieht sich Demokratie weniger auf die Resultate der Verfahren zur Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen, sondern auf das Verfahren selbst. Je stärker diese den Werten der Demokratie entsprechen, desto grösser ist ihre demokratische Performanz.⁹

Die Zusammenhänge dieses Modells lassen sich anhand des Beispiels des Zusammenbruchs des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa illustrieren. Jede Herrschaft bedarf zum langfristigen Überleben einer – zumindest minimalen – Anerkennung durch die

⁷ Fuchs (1998), S. 151.

⁸ Ibid., S. 151f.

⁹ Ibid.

Menschen, die ihr unterworfen sind. Mit anderen Worten: Um zu überleben, muss ein politisches System Leistung generieren, die zur Anerkennung (Legitimität) führt. Diese Anerkennung muss nicht explizit sein, sondern lässt sich auch daraus ableiten, dass die Bevölkerung den Anweisungen der Obrigkeit nicht nur aus Angst vor Sanktionen gehorcht, sondern auch, weil sie diese als rechtmässig anerkennt und sich verpflichtet fühlt, sie zu befolgen.¹⁰ Die Legitimität der Herrschaft kann auf unterschiedlichen Faktoren beruhen.¹¹ In modernen Staaten ist jedoch die rational-legale die vorherrschende. Sie basiert auf den Grundsätzen der Rechts-, National- und Wohlfahrtsstaatlichkeit sowie der Demokratie.¹² Während sich Rechts-, Nationalstaatlichkeit und Demokratie auf die Art der Machtausübung und somit auf die Input-Seite des politischen Systems beziehen, ist die Wohlfahrtsstaatlichkeit auf der Output-Seite angesiedelt. Im Idealfall verhalten sich diese Prinzipien komplementär und führen zu einem Gleichgewicht der Legitimationsgrundlagen. Eventuelle Defizite eines Elements können von den anderen ausgeglichen werden.¹³ Die sozialistische Herrschaftspraxis in Mittel- und Osteuropa verletzte aber – trotz aller Lippenbekenntnisse – die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.¹⁴ Zudem schränkte die sowjetische Vorherrschaft die Souveränität der einzelnen osteuropäischen Länder erheblich ein, so dass sich auch die Nationalstaatlichkeit (Selbstbestimmung) nicht voll entfalten konnte. Diese Schwächen liessen sich einerseits durch die Anwendung von Gewalt, andererseits durch die Erschliessung zusätzlicher Legitimationsquellen kompensieren: Anfänglich basierte die sozialistische Herrschaft in Mittel- und Osteuropa auf Terror (Gewalt) und Ideologie. Es ist aber unmöglich, dauerhaft gegen den Willen der Bevölkerung zu regieren. Deshalb muss jedes System, um nicht zusammenzubrechen, auch positive Leistungen erbringen. Aus diesem Grunde wurde zunehmend die Wohlfahrtsstaatlichkeit zur Legitimation benutzt. Die politische Unfreiheit sollte durch Konsummöglichkeiten und soziale Sicherheit aufgewogen werden. Wegen der unzulänglichen Mischung der Legitimationsfaktoren war die sozialistische Herrschaft einseitig auf den ökonomischen Erfolg (Output-Legitimation) angewiesen. Sobald die wirtschaftlichen Ressourcen erschöpft waren, brach auch die politische Herrschaft zusammen. Auch westlich-demokratische Systeme kennen Perioden des anhaltenden wirtschaftlichen Niedergangs. Ralf Dahrendorf beschreibt eindrücklich in seinen „Betrachtungen über die Revolution in Europa“, wie das britische Verfassungssystem trotz jahrzehntelangem relativem wirtschaftlichem Niedergang seine Legitimität nicht verloren hat, weil es aus unterschiedlichen Legitimationsquellen

¹⁰ Fleiner-Gerster (1995), §6 18.

¹¹ Max Weber unterscheidet zwischen charismatischer, traditionaler und rationaler Legitimation [vgl. dazu Weber (1973), S. 475ff.].

¹² Von Beyme (1994), S. 56.

¹³ Ibid.

¹⁴ Zum Folgenden vgl. Pällinger (1997), S. 30.

schöpfen konnte.¹⁵ Dieses Beispiel verdeutlicht einerseits den Zusammenhang von Input- und Outputlegitimation und weist andererseits auf einen systembedingten Vorteil der Demokratie, die optimale Mischung der Legitimationsgrundlagen, hin (vgl. Kapitel 3). Dies ist umso stärker zu werten, als heute alternative Ordnungsvorstellungen zur Demokratie sowohl ideologisch als auch faktisch an Anziehungskraft verloren haben.¹⁶ Das einfache Modell der Input-/Outputlegitimation lässt sich wie folgt zusammenfassen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Komponenten der Input-/Outputlegitimation

Input-Seite	Output-Seite
<ul style="list-style-type: none"> • Entscheidungsprozess <ul style="list-style-type: none"> ○ Kontrollierbar ○ Nachvollziehbar ○ Transparent • Partizipation • Interessenvermittlung • (Chancen-)Gleichheit • Gestaltungsprinzip <ul style="list-style-type: none"> ○ Demokratie ○ Rechtsstaat 	<ul style="list-style-type: none"> • Effektive Problemlösung • Akzeptanz • Gestaltungsprinzip <ul style="list-style-type: none"> ○ Sozialstaatlichkeit ○ Marktwirtschaft ○ Wohlfahrtsstaatlichkeit
<p>Resultat</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung <ul style="list-style-type: none"> ○ Diffuse Unterstützung ○ Aktive Unterstützung 	

Auf der Input-Seite stehen die Art und Qualität des Entscheidungsprozesses und der Partizipation im Vordergrund: Kommen die Entscheide auf eine transparente Art zustande? Sind sie kontrollier- und nachvollziehbar? Welche Kanäle der Interessenvermittlung bestehen? Sind diese offen oder geschlossen? Besteht eine gewisse Chancengleichheit bei der Berücksichtigung der Interessen? Auf der Input-Seite steht – mit anderen Wor-

¹⁵ Dahrendorf (1990), S. 81.

¹⁶ Merkel et al. (2003), S. 11.

ten – die Umsetzung des Demokratie- und des Rechtsstaatsprinzips im Zentrum. Auf der Output-Seite hingegen wird untersucht, ob die getroffenen Problemlösungen effektiv und effizient sind und ob sie von der Bevölkerung akzeptiert werden. Dabei stehen die Prinzipien der Sozial- und Wohlfahrtsstaatlichkeit sowie der Marktwirtschaft im Vordergrund. Sind die input- und outputseitigen Gestaltungsprinzipien in ausreichendem Mass erfüllt, resultiert Unterstützung (Legitimität) für das politische System.

Das Input-Output-Modell ist geeignet, anhand des Beispiels der Legitimation, einen – eher intuitiven – Einstieg in performanztheoretische Fragestellungen zu skizzieren. Aus systemtheoretischer Sicht lässt sich das Modell weiter verallgemeinern und vertiefen. Dabei kann politische Produktivität als Leistungsprofil politischer Systeme bestimmt werden, welches folgende acht Hauptdimensionen umfasst:¹⁷

1. Systemaufrechterhaltung;
2. Anpassungsfähigkeit gegenüber Veränderungen der Umwelt oder gegenüber Präferenzwandel der Bürgerinnen und Bürger;
3. Politische Beteiligung;
4. Politische Unterstützung und Akzeptanz;
5. Prozedurale Gerechtigkeit;
6. Wohlfahrt;
7. Sicherheit;
8. Freiheit.

Nach der Vorstellung des Konzepts der politischen Leistungsfähigkeit und seiner praktischen Hauptdimensionen soll noch ein kurzer Überblick über die historische Entwicklung performanztheoretischer Fragestellungen in der Politikwissenschaft gegeben werden. Die Untersuchung der Leistungsfähigkeit politischer Systeme kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Die politische Philosophie beschäftigt(e) sich bereits seit der Antike mit der Frage nach dem besten Staat. In der Neuzeit versuchten die Staats- und Kameralwissenschaften, staatliches Handeln rational zu begründen und möglichst effizient zu gestalten. Nach dem 2. Weltkrieg wurden die Gründe für den Zusammenbruch beziehungsweise die Stabilität der Demokratie untersucht. Aus der Gegenüberstellung von stabilen und instabilen Regimen wollte man die für die Installierung und das Überleben der Demokratie wichtigen Kriterien (Leistungen) ableiten. Während des Kalten Kriegs wurde die Frage der politischen Performanz unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbs der Systeme (Kapitalismus – Sozialismus) erörtert. Heute beschäftigen sich insbesondere die Staatstätigkeits- und die Demokratieforschung mit der Leistungsfähig-

¹⁷ Schmidt (1998b), S. 182.

keit von politischen Systemen. Während erstere den Zusammenhängen von politischen Strukturen (insbesondere Demokratiestrukturen) und politischen Leistungsprofilen nachgeht,¹⁸ untersucht letztere insbesondere auch die Qualität und (Existenz-)Bedingungen von Demokratie.

3 Leistungsprofile hoch entwickelter Demokratien

In diesem Kapitel sollen die Leistungsprofile ausgesuchter westlicher Staaten¹⁹ skizziert werden. Diese Profile werden abgegrenzt gegenüber nicht-demokratischen Systemen und labilen und/oder weniger entwickelten Demokratien. Bei der Untersuchung der Leistungsprofile stehen die Dimensionen des Wohlstands bzw. der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der sozialen Leistungsfähigkeit, der Gleichheit, der Nachhaltigkeit, der Qualität der Demokratie sowie der Legitimität im Vordergrund (vgl. Anhänge 1-6). Die vorgestellten Rankings streben nicht nach Vollständigkeit, sondern dienen der Illustration der Grössenordnung wichtiger Masszahlen und der Verdeutlichung grundlegender Zusammenhänge.

Der deutsche Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt weist in seinem Lehrbuch über Demokratie darauf hin, dass im traditionellen Demokratie-Diktatur-Vergleich die Überlegenheit der Demokratien aufgrund methodologischer Fehler zumeist überschätzt wird. Insbesondere sei den älteren Studien vorzuwerfen, dass sie Variablen wie das sozio-ökonomische Entwicklungsniveau, die Rechtsstaatlichkeit und die politische Kultur nicht kontrollierten.²⁰ So berechtigt diese Einwände im Allgemeinen auch sind, muss dennoch festgehalten werden, dass obwohl Rechtsstaat und Demokratie historisch gesehen unterschiedliche Konzepte darstellen, sie im heutigen Verständnis zusammengehören. Sie stehen nicht in einem Spannungsverhältnis, sondern stützen sich gegenseitig. Zwar kann ein Rechtsstaat temporär ohne Demokratie existieren, wohingegen es wenig Sinn macht, von einer Demokratie ohne Rechtsstaat zu sprechen.²¹ Die Effekte der sozio-ökonomischen Niveauunterschiede müssen hingegen im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit genauer untersucht werden.

¹⁸ Ibid., S. 188f.

¹⁹ Es wurden die fünf gemäss dem Human Development Index [UNDP (2004)] am höchsten entwickelten Staaten (Norwegen, Schweden, Australien, Kanada und die Niederlande), die USA, die Nachbarn bzw. regionalen Partner Liechtensteins (Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Schweiz) und Luxemburg als vergleichbarer Kleinstaat ausgewählt. Daneben werden in den Anhängen – soweit möglich – die Werte für Liechtenstein, die Durchschnittszahlen für die OECD-Länder, die ärmsten Länder der Welt sowie die gesamte Welt ausgewiesen.

²⁰ Schmidt (2000), S. 528.

²¹ Lauth (2004), S. 166.

Unbestritten ist jedoch, dass Demokratien – systembedingt – insbesondere im Bereich der demokratischen Performanz²² besonders gut abschneiden, entstammen doch die diesbezüglichen Bewertungsmaßstäbe hauptsächlich dem Normenhaushalt des demokratischen Verfassungsstaates.²³ Der Schutz der Staatsbürgerrechte, die Wahrung politischer Gleichheit, die Möglichkeit effektiver Partizipation und offener Diskussion, die Rechenschaftspflichtigkeit der politischen Führung sowie die Besetzung der politischen Führungspositionen durch Wahlen (friedlicher Regierungswechsel) sind Grundvoraussetzungen der Demokratie. Im Verbund mit den Rechtsstaatsprinzipien garantieren demokratische Verfahren zudem eine wirkungsvolle Bändigung der staatlichen Gewalten und somit einen besseren Schutz der Menschenrechte. Sie erhöhen die Berechenbarkeit politischen Handelns und stellen sicher, dass die Macht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ausgeübt wird (Responsivität).²⁴ Dieser Mechanismus erhöht auch die Fähigkeit, Fehler zu korrigieren, weswegen den Demokratien generell eine „rasche Anpassungs- elastizität in der Problemverarbeitung“ bescheinigt wird.²⁵

Ein weiterer Bereich, in dem von einer prinzipiellen Überlegenheit der Demokratie gesprochen werden kann, ist die Friedfertigkeit im internationalen Verkehr. Entgegen den Annahmen der älteren Theorie des demokratischen Friedens sind Demokratien nicht generell friedfertiger als andere Staaten, sondern nur unter einander: Demokratien führen keine (oder nur in seltenen Ausnahmefällen) Kriege gegen andere Demokratien, aber sehr wohl gegen Autokratien. Die grössere Friedensliebe der Demokratien wird darauf zurückgeführt, dass in diesen Ländern die Bürgerinnen und Bürger friedliche Interessen haben und die Sicherung des Wohlstands kriegerischen Abenteuern vorziehen. Überdies erschweren die rechtsstaatlichen Institutionen und die Kultur friedlicher Konfliktregelung, ein demokratisches Land für einen Krieg zu mobilisieren. Schliesslich tendieren Demokratien dazu, ihresgleichen als politische Ordnungen wahrzunehmen, die im Inneren einer friedlichen Konfliktlösung verpflichtet sind, weshalb sie sich gegenseitig als nicht-bedrohlich einstufen. Diese wechselseitige Perzeption lässt Vertrauen entstehen, welches die Herausbildung nichtkriegerischer Konfliktlösungsverfahren ermöglicht.²⁶

²² Für einen Überblick zur Messung der Demokratiequalität vgl. den Beitrag Marxers im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe [Marxer (2004a), S. 18ff.].

²³ Schmidt (1998b), S. 182.

²⁴ Die Berücksichtigung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger wird durch folgenden Mechanismus sichergestellt: „Gewählte Amtsträger, die (unter Konkurrenz) wiedergewählt werden möchten, werden bei ihren Entscheidungen beeinflusst durch die Vorwegnahme (Erwartung) der Reaktion der Wähler auf ihre Entscheidung.“ [Sartori (1992), S. 161.] Aus diesem Grund werden die Amtsträger in der Regel keine Entscheide fällen, die die Interessen der Mehrzahl der Wählenden verletzt.

²⁵ Lepsius (1988), S. 7.

²⁶ Zum demokratischen Frieden vgl. Kley (1999), S. 13-15 und 34-72.

Tabelle 2: Leistungsprofile ausgesuchter westlicher Staaten²⁷

Land	RangHDI 2004	RangESI 2002	RangGEM 2004	DEMO 90er Jahre	REG 90er Jahre
Norwegen	1	2	1	93	70
Schweden	2	3	2	93	33
Australien	3	16	8	83	23
Kanada	4	4	10		
Niederlande	5	34	5		
USA	8	45	14	87	25
Schweiz	11	5	12	91	46
Österreich	14	7	13		
Luxemburg	15				
BRD	19	50	9	92	22

Legende: Vgl. Anhänge 3, 4 und 6.

Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Rankings (Anhänge 1-6) fallen sofort die enormen Disparitäten zwischen den hoch entwickelten und den ärmsten Ländern ins Auge. Weiters zeigt es sich auch, dass die Leistungsprofile über alle Politikfelder hinweg ähnliche Muster aufzeigen (vgl. Tabelle 2). Obwohl auch zwischen den reichen Industrienationen beispielsweise die Wohlstandsunterschiede²⁸ oder die Fähigkeit zur nachhaltigen Entwicklung²⁹ noch beträchtlich differieren, schneiden diese tendenziell in allen Bereichen besser als die armen ab. Diese (und zahlreiche andere)³⁰ Beobachtungen stützen den von der Modernisierungstheorie³¹ postulierten Zusammenhang zwischen dem Grad der Demokratisierung und dem sozio-ökonomischen Entwicklungsstand von Gesellschaften (vgl. Abbildung 2). Des Weiteren zeigt sich auch, dass Demokratie – in allen Staaten – als eine ideale Regierungsform angesehen wird. Alternativen zu ihr werden nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Diese positiven Befunde dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Bereich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Demokratie-Autokratie-Vergleich auf den ersten Blick kein eindeutiges Ergebnis er-

²⁷ Quellen: Vgl. Anhänge 3,4 und 6.

²⁸ Die beiden kleinsten Staaten (Liechtenstein und Luxemburg) sind (gemessen am Bruttoinlandprodukt/Kopf) noch einmal deutlich wohlhabender als die anderen (vgl. Anhang 1).

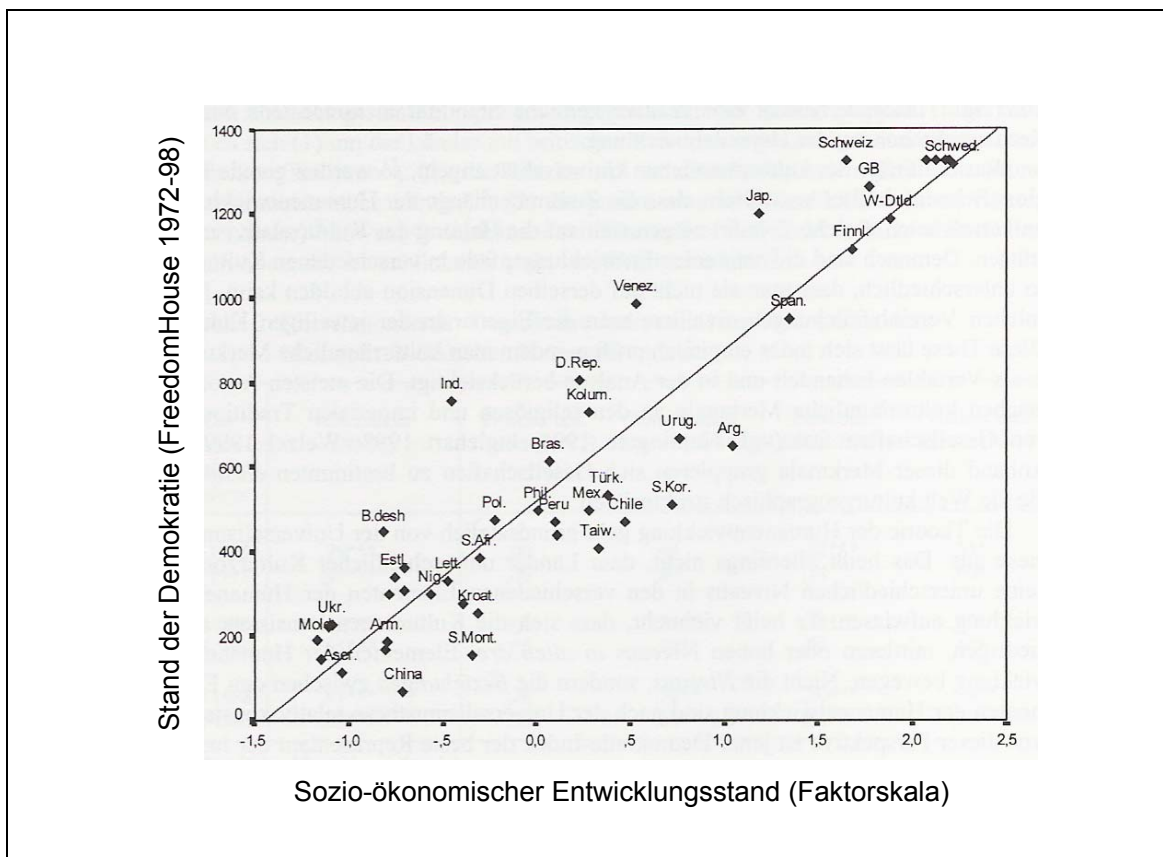
²⁹ In diesem Zusammenhang fällt insbesondere das relativ schlechte Abschneiden der Niederlande, der USA und der BRD im ESI-Rating (vgl. Anhang 6) auf.

³⁰ Bollen/Jackman (1985); Coulter (1975); Muller/Mitchell (1994) und Gasiorowski/Power (1998).

³¹ Welzel (2000), S. 137.

bringt. In manchen Politikbereichen (z.B. Wirtschaftswachstum, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung) erbringen Demokratien nur mässige Leistungen, und sie verfügen dabei über keinen nennenswerten Vorsprung gegenüber den anderen Staatformen.³² Allerdings gilt es in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass die Performanzunterschiede in den meisten Fällen auf die sozio-ökonomischen Niveauunterschiede zurückzuführen sind: Während das hohe Wirtschaftswachstum von nicht-demokratischen Staaten als Ausdruck eines nachholenden technologischen Aufholprozesses angesehen werden kann, sind die hohen Arbeitslosenquoten in den etablierten Demokratien die Folge des besser ausgebauten Sozialstaats.

Abbildung 2: Entwicklungsstand und Demokratisierung



Quelle: Welzel (2000), S. 153

Auch garantieren die demokratischen Verfahren nicht per se rationale Politikergebnisse und Problemlösungen (vgl. z.B. die Rolle von extremen Parteien in den Zwischenkriegsjahren). Die mehr oder weniger regelmässige Abfolge von Wahlen lässt einen Politikzyklus entstehen: Politiker versuchen die Verabschiedung von Massnahmen dergestalt zu terminieren, dass deren positive Wirkungen kurz vor den Wahlen und ihre negativen nicht zu diesem Zeitpunkt auftreten. Auf diese Weise wird versucht, die Wiederwahl zu sichern, sachliche Argumente müssen bei diesem Kalkül hinten anstehen.

³² Schmidt (2000), S. 531.

Darüber hinaus neigen Demokratien generell zu einer gewissen „Kurzatmigkeit“, steht doch die Politik vor dem Hintergrund der Mediengesellschaft und den relativ kurzen Legislaturperioden unter einem kurzfristigen Erfolgszwang. Dies wiederum hat – in fast allen Demokratien – zur Folge, dass die Kosten des politischen Betriebs mittels einer hohen Staatsverschuldung auf die Zukunft abgewälzt und die Interessen künftiger Generationen vernachlässigt werden (allerdings schneiden bei der Staatsverschuldung auch die anderen Regierungsformen nicht besser ab).³³

Trotz aller Einwände lässt sich festhalten, dass zumindest die *etablierten* Demokratien bezüglich ihrer Leistungsfähigkeit den anderen Regimeformen, namentlich instabilen Demokratien und Autokratien, überlegen sind.³⁴ Die höhere Performanz bedeutet jedoch nicht automatisch eine hohe Zufriedenheit mit dem politischen System bzw. der Regierung. Vielmehr war in den untersuchten Staaten während der 1990er Jahre nur eine Minderheit der Befragten mit der Leistung ihrer Regierung zufrieden, gleichzeitig aber wurde die Demokratie von einer überwältigenden Mehrheit weiterhin als ideale Regierungsform angesehen (vgl. Tabelle 2). In diesem Punkt tritt wieder der bereits angesprochene Vorteil demokratischer Systeme zutage: der ausgewogene Mix der Legitimationsgrundlagen. So ist es möglich, zwischen der Performanz der Regierung und der Regierungsform zu differenzieren, ohne dabei das System in Frage zu stellen.

Nach der Vorstellung der Leistungsprofile der ausgewählten Staaten und der Herausarbeitung der generellen Unterschiede zwischen Demokratien und autoritären Systemen sollen im nächsten Kapitel die eigentlichen Bestimmungsgründe für die Performanz von politischen Systemen erörtert werden.

4 Bestimmungsgründe der Performanz

Im Rahmen der Staatstätigkeitsforschung wird insbesondere die Frage untersucht, welche Faktoren die Performanz von politischen Systemen bestimmen. Dabei stehen vier Erklärungsansätze, nämlich sozio-ökonomische Theorien, politisch-institutionelle Theorien, Theorien zur Parteienherrschaft sowie Theorien über die Machtressourcen von organisierten Interessen im Vordergrund.³⁵ Im Folgenden sollen die einzelnen Theoriefamilien jeweils anhand eines repräsentativen Beispiels vorgestellt werden. Abschlies-

³³ Ibid., S. 534.

³⁴ Ibid., S. 523.

³⁵ In neuester Zeit finden vor allem in der international vergleichenden Forschung die Theorien der Internationalisierung und des Politikerbes Verwendung. Während erstere den Einfluss bzw. die Rückwirkung transnationaler Politik und der zunehmenden Internationalisierung auf die Staatstätigkeit untersucht, geht letztere davon aus, dass Entscheide in der Vergangenheit derart starke Weichenstellungen bewirken, dass die Staatstätigkeit in der Gegenwart stark davon abhängt (Pfadabhängigkeit).

send werden die Ergebnisse einer Studie vorgestellt, welche diese Theorien anhand der Schweizer Kantone getestet hat.³⁶

4.1 Sozio-ökonomischer Ansatz

Dieser Ansatz geht von der Annahme aus, dass staatliche Politiken vor allem als eine Reaktion auf strukturell erzeugte Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu verstehen sind.³⁷ Diesem Ansatz, der einerseits auf historisch-materialistische und andererseits auf nicht-marxistische Theorien zur Industriegesellschaft zurückgeht, sind auch die verschiedenen Spielarten der – bereits angesprochenen – Modernisierungstheorie zuzuordnen.³⁸ Modernisierungstheoretiker konzentrier(t)en sich bei der Untersuchung des gesellschaftlichen Wandels hauptsächlich auf die Prozesse des sozio-ökonomischen Wandels, der kulturellen Modernisierung und der Demokratisierung.³⁹ In diesem Zusammenhang wird die sozio-ökonomische Entwicklung als Resultat verschiedener, sich gegenseitig beeinflussender Wandlungsprozesse, wie der Steigerung der Produktivität, der Verbesserung der Gesundheit und Lebenserwartung, der Erhöhung des materiellen Wohlstands, der Verbesserung der Bildung und der Kommunikation sowie der sozialen Differenzierung angesehen. Gleichzeitig zur sozio-ökonomischen Entwicklung findet auch der Prozess der kulturellen Modernisierung statt, in dessen Zuge rationale Marktbeziehungen und horizontale Netzwerke die Menschen aus den hierarchischen, parochialen und klientelistischen Beziehungsgeflechten befreien und ihnen zu mehr Autonomie verhelfen. Kulturelle Modernisierung lässt sich daran ablesen, in welchem Ausmass traditionale Orientierungen, welche den oder die Einzelne der Gesellschaft unterordnen, durch „moderne“ Einstellungen abgelöst werden, die der Individualisierung und der Selbstverwirklichung Vorschub leisten. Der dritte Aspekt betrifft schliesslich den Wandel der politischen Institutionen: Einerseits wechselten im Rahmen der „dritten und vierten Welle“ der Demokratisierung zahlreiche autoritäre Regime zu demokratischen Regierungsformen. Andererseits hat sich in den letzten Jahrzehnten die Qualität der Demokratie auch in den etablierten Demokratien beispielsweise durch die Einführung direktdemokratischer Verfahren oder durch die Vermehrung zivilgesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten weiter verbessert (Stichwort: „from government to governance“). Die Modernisierungsforschung zeigt auch, dass in der Regel sozio-ökonomische Entwicklung, kulturelle Modernisierung und Demokratisierung gleichgerichtet verlaufen, d.h., dass eine hohe demokratische Perfor-

³⁶ Vatter (2002), 344ff.

³⁷ Ibid., S. 358.

³⁸ Ibid.

³⁹ Zum Folgenden vgl. Welzel/Inglehart/Klingemann (2001), S. 1f.

manz und eine moderne Kultur mit einem hohen sozio-ökonomischen Entwicklungsstand einhergehen.⁴⁰

Im Folgenden soll die Theorie der Humanentwicklung, welche die Prozesse der sozio-ökonomischen Entwicklung, der kulturellen Modernisierung und der demokratischen Regimeperformanz zu einem kohärenten Konzept integriert und nicht als (blosser) statistischer Zusammenhang auffasst, skizziert werden.

Gemäss dieser Theorie wirken die Komponenten der Humanentwicklung dahingehend zusammen, dass sie die individuelle Optionsvielfalt steigern. Während die sozio-ökonomische Entwicklung (ökonomisches Element) durch die Erhöhung der verfügbaren Ressourcen die individuellen Optionen erweitert, mobilisiert die kulturelle Modernisierung (ethisches Element) Ansprüche, die die Individuen nach Optionenvielfalt streben lässt. Die Demokratie (institutionelles Element) schliesslich sichert die Optionen durch rechtliche Garantien. Die Daten aus den World Value Surveys bestätigen, dass der Zusammenhang zwischen Ressourcen, Ansprüchen und Garantien universeller Natur ist und die Humanentwicklung auf das kausale Zusammenspiel dieser drei Elemente zurückgeführt werden kann. Tabelle 3 fasst die Komponenten der Theorie der Humanentwicklung zusammen.

Diese Theorie erklärt anhand des Zusammenspiels der drei sich gegenseitig bedingenden und zugleich verstärkenden Prozesse, weshalb die von uns untersuchten Staaten in allen Politikfeldern gut abschneiden und auch die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang mit den Werten der Demokratie stehen, während die weniger entwickelten Staaten hinsichtlich der Demokratie schlechter abschneiden und dort auch die Werte der Demokratie und des Individualismus schwächer verankert sind (vgl. Abbildung 2).⁴¹ Diese Befunde geben zu einer gewissen Hoffnung Anlass, dass die wirtschaftliche Entwicklung über kurz oder lang auch zu einer Demokratisierung führt und die etablierten Demokratien auch in Zukunft die notwendigen Kapazitäten aufbringen werden, um die künftigen Herausforderungen zu bewältigen.⁴²

⁴⁰ Diese statistischen Zusammenhänge sind jedoch nicht mit Kausalbeziehungen zu verwechseln. Gerade in diesem Zusammenhang tritt die Schwäche der Modernisierungstheorie zu Tage, dass ihre Argumente stets auf der Ebene der zweiseitigen bzw. dreiseitigen Indikatorbeziehungen verbleiben, aber kein Bild über den ursächlichen Gesamtzusammenhang der unterschiedlichen Entwicklungstendenzen zu geben vermögen [Welzel (2000), S. 138]. „Die Modernisierungstheorie hat deshalb Schwierigkeiten, Demokratie als etwas zu begreifen, das nicht nur aus bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen folgt, sondern auch einen gemeinsamen Zusammenhang mit ihnen teilt.“ [Welzel (2000), S. 139.]

⁴¹ Obwohl die Zusammenhänge im Grossen und Ganzen als robust anzusehen sind, gilt es dennoch zu beachten, dass es Staaten gibt, die relativ stark von diesem Entwicklungspfad abweichen. So ist Indien zum Beispiel viel demokratischer als sein sozio-ökonomischer Entwicklungsstand erwarten liesse und die Volksrepublik China viel weniger demokratisch, um nur die wichtigsten abweichenden Beispiele zu nennen.

⁴² Das Thema der Zukunftstauglichkeit der Demokratie vgl. Pällinger (2005).

Tabelle 3: Das Konzept der gesellschaftlichen Humanentwicklung

	Die drei Elemente der Humanentwicklung		
Die Merkmale der Elemente	Ökonomisches Element	Ethisches Element	Institutionelles Element
Bedeutung	Materielle und kognitive Ressourcen	Freiheits- und Entfaltungswerte	„Negative“ und „positive“ Freiheiten
Wirkungsebene	Ebene der objektiv verfügbaren Mittel	Ebene der subjektiven Motivationen	Ebene der formalen Regeln
Sphären	Ökonomische Struktur: Welt der Ressourcen	Kollektive Ethik: Welt der Werte	Institutionen, Regime: Welt der Rechte
Prozesse	sozio-ökonomische Entwicklung	expressiv-libertärer Wertewandel	Liberalisierung, Demokratisierung
Fluchtpunkt	Gesellschaftliche Humanentwicklung (Optionsvielfalt menschlichen Handelns in der Gesellschaft)		

Quelle: Welzel (2000), S. 142.

4.2 Politisch-institutioneller Ansatz

Die Theorien dieses Ansatzes gehen von der Annahme aus, dass die politischen Strukturen (Institutionen) die Performanz politischer Systeme bestimmen. Demzufolge ist das Leistungsprofil einzelner Staaten vom Demokratietypus (oder allgemeiner: Regimetypus) abhängig.⁴³ Konkret untersuchen die einzelnen Theorien, wie sich unterschiedliche politische Faktoren, wie die Machtverteilung oder der Modus der Konfliktbearbeitung auf die Leistungen in den einzelnen Politikbereichen, wie etwa der Wirtschafts- und Sozialpolitik auswirken. Im Folgenden wollen wir den Ansatz von Arend Lijphart, der Performanzunterschiede anhand der typologischen Unterscheidung zwischen Mehrheits- und Konsensdemokratien erklärt, näher untersuchen. Andere Ansätze sehen den Unterschied zwischen parlamentarischen und präsidentiellen Systemen,⁴⁴ die Unterscheidung zwischen Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie,⁴⁵ das Vorliegen direkt demo-

⁴³ Schmidt (1998b), S. 187.

⁴⁴ Von Beyme (1999), Hartmann/Kempf (1989), Loewenstein (1959), Sartori (1994), Schuett-Wetschky (1993), Shugart/Carey (1992), Steffani (1979), Steffani (1997).

⁴⁵ Abromeit (1993), Kirchgässner/Feld/Savioz (1999), Lane/Ersson (1997), Lehbruch (1992), Lijphart (1984), Luthardt (1997).

kratischer Elemente⁴⁶ oder die Anzahl der Vetospieler⁴⁷ als entscheidendes institutionelles Kriterium an.

Diese Typologie Lijpharts⁴⁸ versucht, die Strukturen der Demokratie in 36 Staaten zu erfassen. Ausgehend von der Unterscheidung Westminsterdemokratie⁴⁹ – Konsensusdemokratie⁵⁰ wird anhand von zehn Variablen die Machtverteilung gemessen. Gestützt auf diese Resultate lassen sich die Demokratien anhand der grundlegenden „Exekutive-Parteien-Dimension“ (Mehrheitsdemokratie – Konsensusdemokratie) und „Föderalismus-Unitarismus-Dimension“ (Zentralismus – Föderalismus) typologisieren (vgl. Abbildung 3). Während Mehrheitsdemokratie und Einheitsstaatlichkeit tendenziell die Macht konzentrieren, führen Konsensusdemokratie und Bundesstaatlichkeit eher zur Machtdispersion. Anhand dieser strukturellen Merkmale werden die Performanzunterschiede im Bereich des makroökonomischen Managements und der Demokratiequalität im engeren Sinne erklärt. Lijphart kommt zum Schluss, dass im Bereich des makroökonomischen Managements weder in der „Exekutive-Parteien-Dimension“ noch in der „Föderalismus-Unitarismus-Dimension“ signifikante Unterschiede bestehen. Die einzige Ausnahme bildet die Inflation, bei welcher in beiden Dimensionen die Konsensusdemokratien deutlich bessere Resultate erzielen. Die „Föderalismus-Unitarismus-Dimension“ wirkt sich nicht auf die Demokratiequalität aus, hingegen zeigen sich hinsichtlich der „Exekutive-Parteien-Dimension“ statistisch signifikante Unterschiede: Konsensusdemokratien erzielen, mit Ausnahme der Korruption, durchwegs bessere Resultate.

⁴⁶ Für einen Überblick zur Demokratie den Beitrag von Marxer in dieser Veranstaltungsreihe [Marxer (2004b).

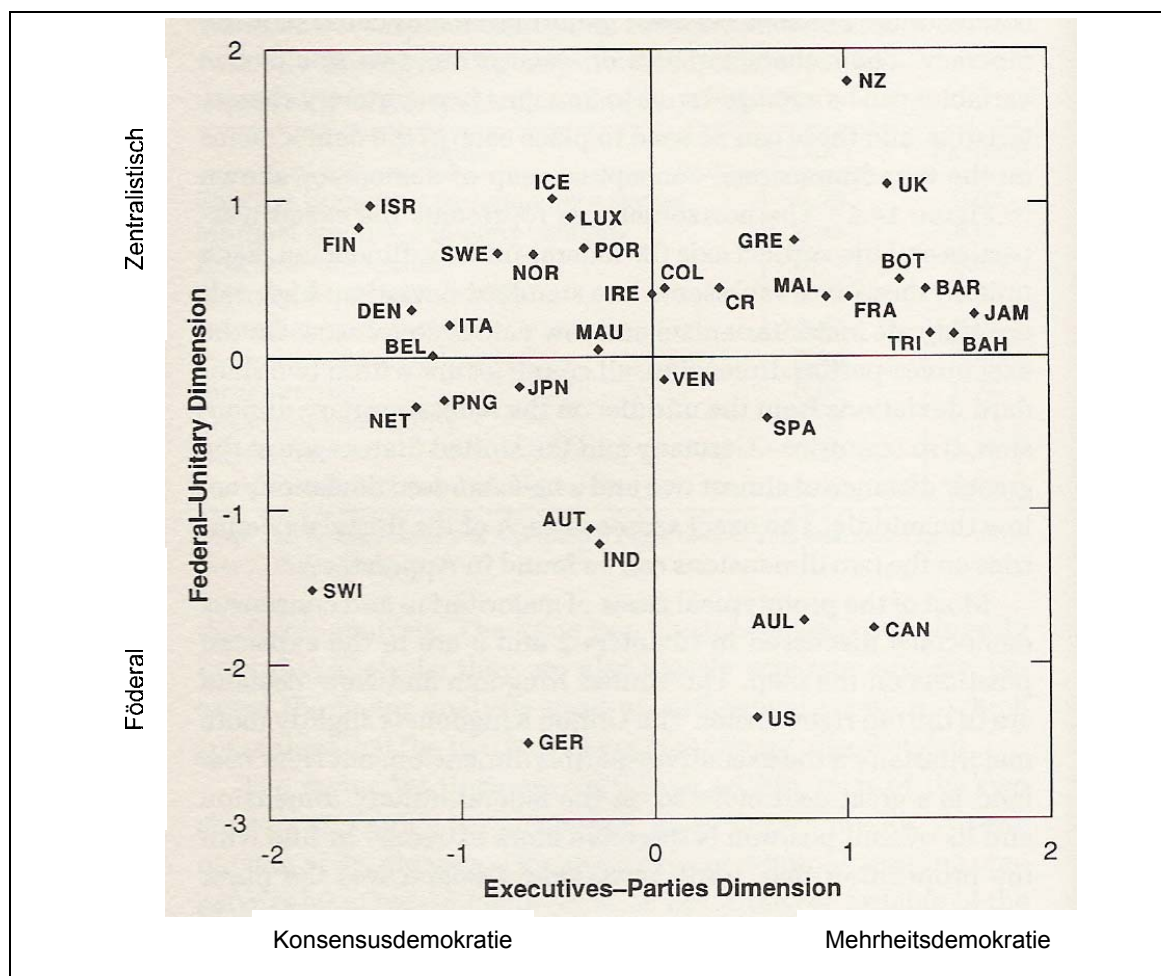
⁴⁷ Colomer (1996), Huber/Ragin/Stephens (1993), Kaiser (1998), Tsebelis (1995), Tsebelis (2002).

⁴⁸ Im Folgenden stütze ich mich auf Lijphart (1999).

⁴⁹ Für ein solches System sind Machtkonzentration und Mehrheitsentscheide kennzeichnend.

⁵⁰ Für ein solches System sind Machtdispersion und konsensuale Entscheide, die möglichst viele Akteure mit einbeziehen, kennzeichnend.

Abbildung 3: Typen der Demokratie nach Lijphart



Quelle: Lijphart (1999), S. 248.

Lijpharts Forschungen haben gezeigt, dass es nicht nur eine einzige Form der Demokratie gibt, sondern eine Vielzahl von Formen mit unterschiedlichen Strukturen. Gestützt auf seine Untersuchungsdimensionen lassen sich vier Haupttypen der Demokratie identifizieren (1. einheitsstaatlich-konsensual, 2. einheitsstaatlich-wettbewerbsorientiert, 3. bundesstaatlich-konsensual und 4. bundesstaatlich-wettbewerbsorientiert). Mit Hilfe dieses Rasters zeigte er, dass die unterschiedlichen Demokratietypen Auswirkungen auf die Performanz haben. Dabei konnte er mit dem alten Vorurteil aufräumen, dass die Mehrheitsdemokratie stabiler und wirtschaftlich effizienter sei als die Konsensusdemokratie. Da die Demokratiequalität, gemessen an der Wahlbeteiligung, der Vertretung der Frauen, der politischen Gleichheit, der Demokratiezufriedenheit, der Bürgernähe der Regierungen, in den Konsensusdemokratien höher und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht schlechter ist als die der Mehrheitsdemokratien, bevorzugt Lijphart diesen Typus, denn er führe zu einer „kinder, gentler democracy“. Er kommt zum Schluss, dass die Mehrheitsdemokratie eher für homogene Gesellschaften geeignet sei. Wohingegen

für heterogene Gesellschaften mit zahlreichen, sich überschneidenden Konfliktfeldern die Konsensdemokratie die beste Lösung darstellt.⁵¹

4.3 Theorien der Parteiherrschaft

In diesem Ansatz⁵² spielen weniger die Institutionen, sondern vielmehr die Verteilung der Macht zwischen Kapital und Arbeit, genauer zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien, eine Rolle.⁵³ Deshalb lautet auch die Hauptthese dieses Ansatzes, dass Unterschiede in der parteipolitischen Zusammensetzung von Regierungen sich auf die Regierungspraxis und die Performanz in den einzelnen Politikfeldern auswirken. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Parteien die Präferenzen ihrer Wählerinnen und Wähler in politische Programme umformen, die um so eher realisiert werden können, je stärker und/oder länger diese an der Regierung beteiligt sind. Neuere Untersuchungen berücksichtigen auch die Rolle von Lernprozessen, Erwartungen und das gesellschaftlich politische Umfeld. Ursprünglich ging man davon aus, dass für Linksparteien die Erreichung der Vollbeschäftigung auf Kosten der Inflation im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik stünde, während bürgerliche Parteien die Preisstabilität unter Inkaufnahme der Arbeitslosigkeit vorzögen. Diese These wurde im Laufe der Zeit dahingehend modifiziert, dass nunmehr die Kombination von Linksregierungen mit starken, gegenüber den Arbeitgebern kooperationswilligen Gewerkschaften als Garant für eine Wachstums- und Vollbeschäftigungspolitik mit gleichzeitiger erfolgreicher Bekämpfung der Inflation gelten können. Generell werden linke Parteien als Befürworter einer expansiven Sozialpolitik, rechte hingegen als Bremser einer solchen betrachtet.

Manfred G. Schmidt hat die Thesen der Parteienherrschaftstheorie getestet und ist zu differenzierteren Ergebnissen gekommen.⁵⁴ Im Rahmen seiner Untersuchung unterscheidet er zwischen vier Parteifamilien: sozialdemokratischen (SPD, SPÖ, Labour etc.), zentristischen (CDU, ÖVP etc.), liberalen (FDP) und säkular-konservativen Par-

⁵¹ Diese Resultate sind jedoch nicht unumstritten. Zum einen berücksichtigt Lijphart in seiner Untersuchung die Unterschiede bezüglich der sozio-ökonomischen Entwicklung nicht, zum anderen sind die Resultate stark pfadabhängig. Darüber hinaus darf der bedeutende Einfluss der politischen Kultur nicht vernachlässigt werden. (So ist es – zum Beispiel – für die meisten Bürgerinnen und Bürger Grossbritanniens, das als Urtypus des Westminstermodells gilt, einfach unvorstellbar, von einem Majorz- zu einem Proporz-System überzugehen, obwohl letzteres eine bessere Abbildung der Wählerpräferenzen erlauben würde.) Schliesslich wird Lijphart vorgehalten, er übertreibe die Unterschiede zwischen Konsensus- und Mehrheitsdemokratien, so werde etwa der Grundrechtsschutz in den Mehrheitsdemokratien nicht durch die Politik im engeren Sinne, sondern durch die „rule of law“ gewährleistet. Diese stellt mithin ein funktionales Äquivalent zu den Konsensmechanismen dar.

⁵² Esping-Andersen (1990), Garret (1998), Hibbs (1977), Tuft (1978), Schmidt (1996).

⁵³ Zum Folgenden vgl. Vatter (2002), S. 354.

⁵⁴ Im Folgenden stütze ich mich auf Schmidt (1996) und Schmidt (2000), S. 375-389.

teien (Conservative Party).⁵⁵ Für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts lassen sich in 23 etablierten Demokratien folgende unterschiedliche Muster der Regierungsbeteiligung ermitteln: In den rein englischsprachigen Staaten und in Japan haben überwiegend säkular-konservative Parteien regiert. Liberale Parteien haben in nennenswertem Umfang vor allem in der Schweiz, in Island, den Benelux-Staaten, in Dänemark, Frankreich und Deutschland mitregiert, ohne allerdings je eine Mehrheit zu erreichen. In Kanada, Italien, Deutschland, Italien und den Benelux-Staaten dominierten die Mitteparteien. Schliesslich wurden kleinere westeuropäische Staaten wie Schweden, Norwegen, Dänemark und Österreich überwiegend sozialdemokratisch regiert, aber die Linksparteien konnten in keinem Grossstaat zur dominanten oder hegemonialen Regierungskraft werden.

Vorab lässt sich festhalten, dass die parteipolitische Zusammensetzung durchaus Auswirkungen auf die Regierungspolitik hat („parties do matter“). Dabei konnte auch festgestellt werden, dass Regierungspolitik relativ getreu den nationalen Wahlplattformen ihrer Parteien folgt. Tatsächlich werten Links-Parteien Gleichheit höher als Effizienz, während konservative Parteien der wirtschaftlichen Effizienz Vorrang vor egalitären Positionen einräumen. Doch nicht in allen Politikfeldern dominiert die Hauptdifferenz zwischen linken und konservativen Regierungskoalitionen. Die Arbeitsteilung zwischen Staat und Wirtschaft wurde geprägt von säkular-konservativen Parteien auf der einen und Links- und Mitteparteien (insbesondere Sozial- und Christlichdemokraten) auf der anderen Seite. Letztere haben viel etatistischer gehandelt als die säkular-konservativen Parteien und nahmen dabei ein deutlich höheres Wachstum der Staatsquote in Kauf. Der grösste Teil des Anstiegs der Staatsausgaben (ca. 2/3) ging in den sozialstaatlichen Bereich. Es bestehen trotz des ähnlichen Ausgabengebarends der Links- und Mitteparteien beträchtliche Unterschiede in der Sozialpolitik. Alleinregierende Links-Parteien neigten dazu, einen relativ egalitären Wohlfahrts- und Versorgungsstaat aufzubauen, während wirtschaftsliberale oder konservative Regierungen den staatlichen Sektor beschränkten und auch im Arbeitsmarkt eher den Marktkräften vertrauten. Dort wo Mitteparteien dominierten, setzte sich ein „Mittelweg“ zwischen nordisch-wohlfahrtsstaatlichem und dem marktwirtschaftlich gesteuerten Kapitalismus durch, in dem auch den Gewerkschaften und Sozialverbänden eine wichtige Rolle zukommt. Achillesferse dieser Politik ist die mässige Beschäftigungs- und relativ hohe Arbeitslosenquote. Gestützt auf verschiedene Indikatoren, die die Sozialstaatlichkeit messen, lassen sich vier Ländergruppen unterscheiden. Länder mit 1) relativ schwach ausgeprägtem (USA, Grossbritannien, Japan), 2) mit moderat ausgeprägtem (Irland, Kanada, Griechenland), 3) beträchtlich ausgeprägtem (Schweiz, Frankreich, Italien) und 4) schliesslich mit weit ausgebautem Sozialstaat unter korporatistischer Einbindung der Gewerkschaften (nordeuropäische

⁵⁵ Der Unterschied zu zentristischen Parteien besteht in einer säkularen, stärker marktorientierten Haltung.

Länder, Benelux-Staaten, Österreich, Bundesrepublik Deutschland). Die Ländergruppierungen stehen in einem starken Zusammenhang mit der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierungen. Abschliessend lassen sich folgende Zusammenhänge zwischen sozialpolitischer Performanz und parteipolitischer Zusammensetzung der Regierung eruieren: Überwiegend sozialdemokratisch regierte Staaten tendieren zu einem ausgebauten Sozialstaat und einem besonders starken sozial- und arbeitsrechtlichen Einbezug der Gewerkschaften. Dies gilt, wenn auch in geringerem Ausmass, für hauptsächlich christlich-demokratisch regierte Staaten. Schwächer ausgebauter Sozialstaat und ein schwächerer Einfluss der Gewerkschaften ist für jene Länder typisch, die überwiegend von säkular-konservativen Parteien regiert wurden.

4.4 Machtressourcen-Ansatz

Dieser Ansatz stellt die Verteilung der Machtressourcen organisierter Interessen ins Zentrum der Analyse.⁵⁶ Demgemäss bestimmen die artikulierten Interessen sozialer Klassen, ihre Organisations- und Konfliktfähigkeit, die Kräfteverhältnisse zwischen diesen Klassen und das strategische Handeln von Eliten die politische Leistungsfähigkeit.

Eine erste Theoriegruppe, welche in der Tradition der Neuen Politischen Ökonomie steht, erklärt das *langfristige Wirtschaftswachstum* aus der Beschaffenheit und der Durchschlagskraft partikularer Interessenorganisationen (Verteilungscoalitionen). Mit zunehmendem Alter einer Demokratie wächst die Anzahl und die Durchschlagskraft von partikularen, primär am Eigennutz orientierten Organisationen. Zum Schutz ihrer Interessen installieren diese institutionelle Schranken, daraus resultieren Rigiditäten, die eine Markträumung im Sinne des effizienten Einsatzes von Kapital und Arbeit verhindern. Diese institutionelle Sklerose beschneidet die Innovations- und Wachstumsfähigkeit der Marktwirtschaft und führt zu einer wenig kohärenten Wirtschafts- und expansiven Sozialpolitik. Die zweite Variante des Machtressourcenansatzes betont die *Prägung der Staatstätigkeit* durch die Machtverteilung zwischen den gesellschaftlichen Klassen und ihren parlamentarischen und ausserparlamentarischen Organisationen im Verbände- und Parteiensystem. Die Unterschiede etwa in der Sozialpolitik oder bei der Arbeitslosenrate werden mit unterschiedlichen Klassenstrukturen, unterschiedlicher Machtverteilung zwischen sozialen Klassen sowie der Stärke von politischen Parteien und Verbände erklärt.

In seinem Versuch, die Machtressourcen-Theorie empirisch zu erfassen, steht für Gósta Esping-Andersen die Machtverteilung aus Sicht der Arbeiterschaft im Zentrum.⁵⁷ Er identifiziert unter den westlich-demokratischen Staaten drei Arten von Wohlfahrtsregi-

⁵⁶ Im Folgenden stütze ich mich auf Vatter (2002), S. 357f.

⁵⁷ Im Folgenden stütze ich mich auf Esping-Andersen (1990).

men (Leistungsprofile): liberale, konservativ-korporatistische und sozialdemokratische. Während die Staaten des sozialistischen Wohlfahrtstyps (nordeuropäische Staaten) einen starken Schutz gegen Marktkräfte⁵⁸ bieten, wird in den liberalen Staaten (USA) die Rolle des freien Marktes betont und Transfers, die häufig an individuelle Bedürftigkeitsprüfungen gebunden sind, finden nur in begrenztem Umfang statt. Die konservativ-korporatistischen Staaten (übrige westeuropäische Staaten) positionieren sich zwischen diesen Polen und setzen eher auf Versicherungs- anstelle von Versorgungssystemen. Die unterschiedlichen Leistungsprofile lassen sich ihrerseits durch das Ausmass der Machtressourcen der Arbeiterschaft erklären. Hauptverdienst dieser Theorie ist es, dass sie auf die Schichtung der sozialpolitischen Struktur in den Industriestaaten aufmerksam macht und die bestehenden Unterschiede erklärt.⁵⁹ Sie korrigiert einen Schwachpunkt der sozio-ökonomischen Theorie, nämlich dass es einen Automatismus zwischen Funktionsproblemen und Staatstätigkeit gäbe, indem sie aufzeigt, dass Existenz und Art der Problemlösung von der Machtverteilung abhängig ist. Allerdings sind Machtressourcen nicht der einzige Faktor, der die Staatstätigkeit beeinflusst; es müssten auch weitere Faktoren berücksichtigt werden. Auch wird nur gezeigt, dass die Machtressourcen den Entscheidprozess beeinflussen, aber nicht erklärt auf welche Weise. Schliesslich vereinfacht die Theorie zu sehr, wenn sie die Aussagen der politischen Bewegungen zum Nennwert als Leitplanke für die Politik nimmt. Schliesslich sollte die Parteienlandschaft weniger schematisch modelliert werden, um zu differenzierteren Aussagen zu gelangen.

4.5 Ein Anwendungsbeispiel: Leistungsprofile der Schweizer Kantone

Der Schweizer Politikwissenschaftler Adrian Vatter vergleicht in seiner Habilitationsschrift die Demokratie in den schweizerischen Kantonen.⁶⁰ In diesem Zusammenhang untersucht er auch die Leistungsprofile der Kantone. Dabei testet er auch die hier vorgestellten Theorien der Staatstätigkeitsforschung. Die Ergebnisse dieser Studie sind für den liechtensteinischen Kontext von besonderem Interesse, weil einerseits das System der direkten Demokratie in beiden Ländern ähnlich ausgestaltet ist und weil andererseits einige Kantone von der Grösse (Bevölkerung und/oder Territorium) her vergleichbar sind.

Die – grundlegende – Erkenntnis seiner Studie ist, dass politisch-institutionelle Faktoren bedeutsam für die Analyse der Leistungsprofile der Kantone sind. Dies bedeutet, dass für den interkantonalen Vergleich der politisch-institutionelle Ansatz am aussagekräf-

⁵⁸ In diesem Zusammenhang spricht man häufig von „Dekommodifizierung“. Darunter ist die durch den Sozialstaat geschaffene Möglichkeit (z.B. Altersrenten, Arbeitslosenunterstützung oder Lohnfortzahlung) zu verstehen, sich den Marktkräften zu entziehen und auch ohne Erwerbsarbeit einen akzeptablen Lebensstandard aufrechterhalten zu können.

⁵⁹ Vgl. dazu Schmidt (1998a).

⁶⁰ Im Folgenden stütze ich mich auf Vatter (2002), S. 342-390.

tigsten ist. Einzelnen Elementen der anderen Theorieansätze kann nur in Ausnahmefällen ein hoher Erklärungsgehalt zugesprochen werden.⁶¹ Diese Ergebnisse stellen die Bedeutung der einzelnen Ansätze für die international vergleichende Forschung nicht in Frage, weil die Ähnlichkeit der Schweizer Kantone, die die Subsysteme eines Gesamtsystems bilden, zu gross ist und damit die Varianz deutlich geringer liegt als in einem Querschnittsvergleich in der internationalen Staatenwelt. Es sind aber auch nicht alle politisch-institutionellen Faktoren von gleicher Bedeutung: Der Gebrauch der Instrumente der direkten Demokratie (Initiativen, fakultative und obligatorische Referenden) und die Art der Regierungskoalition haben sich als die Variablen mit dem höchsten Erklärungsgehalt erwiesen.

Während der häufige Gebrauch finanzpolitischer Referenden und die Stärke der Regierungskoalition sich auf die wirtschaftliche Performanz (Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit) auswirken, sind andere Faktoren wie etwa das Wahlsystem nicht von Bedeutung. Instrumente der direkten Demokratie (insbesondere das Finanzreferendum) dämpfen die kurzfristige Ausgabentätigkeit des Staats. Eine breit abgestützte und stabile Regierungskoalition begrenzt hingegen die Staatsverschuldung und Steuerbelastung mittel- und längerfristig, weil sie in ihrer Regierungspolitik eher gesamtwirtschaftliche Interessen als Einzelinteressen berücksichtigt. Im Bereich der Sozialpolitik lässt sich feststellen, dass ein generell intensiver Gebrauch aller Instrumente der direkten Demokratie zu einer allgemeinen Steigerung der Wohlfahrtsausgaben führt, während der Einsatz des Finanzreferendums den Umverteilungseffekt bremst. Abschliessend lässt sich festhalten, dass in den meisten Politikbereichen eine starke Pfadabhängigkeit zu beobachten ist. Dies unterstreicht die im schweizerischen Konkordanzsystem vorherrschende Politikstrategie der kleinen Schritte.

Abschliessend lässt sich festhalten, dass kein Ansatz für sich allein genommen die Leistungsprofile westlicher Demokratien zu erklären vermag. Während die sozio-ökonomischen Ansätze den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen Entwicklungsniveau und Leistungsfähigkeit verdeutlichen, zeigen die politisch-institutionellen Ansätze, dass das Leistungsprofil einzelner Staaten vom Demokratietypus (oder politischen Strukturen) abhängt. Sie erklären die grossen Linien der staatlichen Leistungserbringung. Die Theorien aus der Familie der Machtressourcenansätze erweitern die institutionelle Sichtweise um das Element der sozialen Schichtung (Klassen) und Ansätze der Parteiherrschaft, sie zeigen die Bedeutung der Parteien in den modernen Demokratien auf, und ergänzen damit die beiden erstgenannten Ansätze. Das komplexe Phänomen der Performanz macht eine Gesamtschau erforderlich.

⁶¹ Modernisierungstheorie: Die Haushaltsdefizite der Kantone steigen mit zunehmendem Anteil Beschäftigter im Tertiärsektor. Machtressourcenansatz: 1) Mit zunehmendem Alter der Demokratie steigt die Steuerbelastung. 2) Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad und der unterschiedlichen Höhe der Sozialsausgaben in den Kantonen.

5 Schlussfolgerungen

Die Frage nach der Leistungsfähigkeit demokratischer Systeme erlaubt keine einfachen Antworten, sondern erfordert eine genaue Abwägung und Differenzierung. Winston Churchill hat diese Ambivalenz mit seinem bekannten Diktum „Democracy ist the worst form of government except all those other forms that have been tried from time to time“⁶² auf den Punkt gebracht. Unbestritten ist, dass Demokratien im Bereich der demokratischen Performanz besser abschneiden als andere Regierungsformen. Demokratie ist eine legitime Regierungsform, in der – im Prinzip – friedliche Konfliktlösungsmuster gegen innen und aussen vorherrschen, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger geschützt sind und ihre Interessen berücksichtigt werden. Dennoch ist der demokratische Prozess selbst nicht ganz unproblematisch; er ist zyklisch und kurzfristig orientiert. Die Anwendung der Mehrheitsregel kann zur dauerhaften Marginalisierung von Minderheiten führen. Überdies lassen Demokratien in einigen Politikbereichen (zum Beispiel Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Begrenzung der Staatsverschuldung) Steuerungsfähigkeit vermissen und erbringen nur mediokre Leistungen.

Die generellen Aussagen über die Leistungsfähigkeit der Demokratien sind zu differenzieren. Ihr Leistungsniveau ist abhängig vom sozio-ökonomischen Entwicklungsstand. Aus diesem Grunde sind die etablierten – westlichen – Demokratien die leistungsfähigsten politischen Systeme der Welt. Innerhalb dieser Ländergruppe sind die Leistungsprofile von der Form der Demokratie abhängig.

Wir haben etwa bei Lijphart gesehen, dass Konsensdemokratien oppositionelle Kräfte besser einbinden und die Interessen von Minderheiten stärker berücksichtigen. Sie sind aber weniger in der Lage, schnelle Politikwechsel durchzuführen, und ihre Entscheidungskosten sind relativ hoch. Zudem herrscht eine geringe Transparenz bei den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Demgegenüber wird den Mehrheitsdemokratien eine höhere Regierungsstabilität nachgesagt und es finden häufiger Regierungswechsel statt. Politikwechsel können rascher vollzogen werden, dafür entstehen aber höhere Vollzugskosten. Durch die klare Rollenzuweisung von Regierung und Opposition entsteht eine höhere Transparenz und Zurechenbarkeit der Politik, was zu einer höheren Rechenschafts- und Verantwortlichkeitspflicht führt. Allerdings sind in den Mehrheitsdemokratien die Wahlverlierer und Minderheiten weniger stark eingebunden, und der Zusammenhalt in gespaltenen Gesellschaften fällt auch tiefer aus.

Ausserdem wurde gezeigt, dass auch sozio-politische Faktoren wie die Regierungsbeteiligung von Linksparteien oder der gewerkschaftliche Organisationsgrad einen Einfluss auf das Leistungsprofil der Demokratien haben können.

⁶² Zit. in: Schmidt (1998), S. 182.

Mit Blick auf die Schweiz hat sich gezeigt, dass direktdemokratische Instrumente eine starke Wirkung auf die politische Performanz entfalten. Die direktdemokratischen Instrumente beeinflussen sowohl die Fiskal- als auch die Sozialpolitik. Vereinfacht gesagt bildet – nebst einer breit verankerten Regierungskoalition – die intensive Mitsprache der Bevölkerung in Finanzfragen die Grundlage für eine starke kantonale Wirtschaft.

Die Demokratie hat sich – zumindest in den etablierten Demokratien – bis zum heutigen Zeitpunkt als Problemlöser bewährt. Sie konnte die anstehenden Probleme mehr oder weniger gut bewältigen. Dabei ist es den westlichen Demokratien gelungen, materiellen Wohlstand mit ausgebauten demokratischen Freiheiten und einem hohen Mass an individuellen Entfaltungsmöglichkeiten zu kombinieren. Dennoch lässt sich in ihnen häufig eine gewisse Apathie und Indifferenz gegenüber der Politik beobachten, die Antisystemparteien die Chance eröffnet, undemokratische Ziele zu verfolgen. Die fortschreitende Globalisierung untergräbt teilweise die staatliche Handlungs- und Steuerungsfähigkeit und könnte durch die Auflösung des Bandes zwischen denjenigen, die entscheiden und denjenigen, die die Folgen der Entscheide zu tragen haben, langfristig zu einer Schwächung der Demokratie führen. Auch das demokratische Verfahren selbst könnte in Zukunft vermehrt Probleme hervorrufen. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Mehrheitsregel zu wandernden Mehrheiten führen wird, welche eine langfristige Ausrichtung der Politik gänzlich verunmöglichen werden. Generell ist das Problem der Kostenabwälzung auf die Zukunft, wie das Problem der Staatsverschuldung und die Umweltproblematik zeigen, nicht gelöst. Ausserdem sind Änderungen in wichtigen Politikbereichen (Finanzpolitik, Umverteilung oder Ausländerpolitik) nur sehr schwer zu verwirklichen. In diesen Bereichen erscheint die Demokratie selbst als Problemerzeuger.

Abschliessend lässt sich festhalten, dass die Demokratie trotz der eben geschilderten Probleme über etliche Vorteile im Systemwettbewerb verfügt. Der demokratische Prozess erlaubt – wenn auch zuweilen nur langsam – Politikänderungen und ist prinzipiell offen für die Bewältigung neuer Probleme. Trotz aller Mängel ist die Korrekturfähigkeit in den Demokratien höher als in anderen Regimen. Die hohe Legitimität und der starke Einbezug der Bürgerinnen und Bürger sind weitere Pluspunkte der Demokratie. Schliesslich lässt sich aus dem starken und historisch erhärteten Zusammenhang zwischen den drei Dimensionen der Humanentwicklung die optimistische Prognose herleiten, dass diese Zusammenhänge auch in Zukunft bestehen bleiben. Ob die Demokratie die anstehenden Herausforderungen bewältigen kann, wird die Zukunft weisen. Aber von allen bekannten Regierungsformen verfügt die Demokratie über die besten Voraussetzungen für die Bewältigung oder zumindest für die Bearbeitung von Problemen.

6 Literatur

- Abromeit, Heidrun* (1993): Interessenvermittlung zwischen Konkurrenz und Konkordanz. Opladen, Leske + Budrich.
- Beyme, Klaus von* (1999): Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise 1789-1999. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Beyme, Klaus von* (1994): Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt a.M., Suhrkamp Verlag.
- Bollen, Kenneth A./Jackman, Robert W.* (1985): Political Democracy and the Size Distribution of Income, in: *American Sociological Review*, vol. 50, no. 4, S. 438-457.
- Central Intelligence Agency* (2004): The World Factbook 2004. Internet: <http://www.cia.gov/cia/download.html> (besucht im Dezemeber 2004).
- Colomer, Josep Maria* (1995): Game Theory and the Transition to Democracy, London, Aldershot.
- Coppedge, Michael* (1995): Polyarchy, in: *Lipset, Seymour Martin (ed.): The Encyclopedia of Democracy*. Washington, D.C, Congressional Quarterly Books, Bd. II, S. 975-978.
- Coulter, Philip* (1975): Social Mobilization and Liberal Democracy. A Macroquantitative Analysis of Global and Regional Models. Lexington, D.C. Heath and Co..
- Dahrendorf, Ralf* (1990): Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist – 1990. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.
- Esping-Andersen, Gösta* (1990): The Tree Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge, Polity Press.
- Fleiner-Gerster, Thomas* (1995): Allgemeine Staatslehre. Berlin, Heidelberg, New York, Tokio, Springer-Verlag.
- Freedom House* (2004): Freedom in the World 2005. Internet: <http://www.freedomhouse.org/research/survey2005.htm> (besucht im Dezember 2004).
- Fürstentum Liechtenstein Amt für Volkswirtschaft* (2004): 2004 Statistisches Jahrbuch. Vaduz, Amt für Volkswirtschaft.
- Fuchs, Dieter* (1998): Kriterien demokratischer Performanz in liberalen Demokratien, in: *Greven, Michael T. (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens?* 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen, Leske & Budrich, 152-179.
- Garret, Geoffrey* (1998): Partisan Politics in the Global Economy. Cambridge Mass., Cambridge University Press.
- Gasiorowski, Mark J./Power, Timothy J.* (1998): The Structural Determinants of Democratic Consolidation. Evidence of the Third World, in: *Comparative Political Studies*, vol. 31, no. 6, S. 740-771.

- Hartmann, Jürgen/Kempf, Udo* (1989). Staatsoberhäupter in westlichen Demokratien. Strukturen, Funktionen und Probleme des "höchsten Amtes". Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Hibbs, Douglas A., Jr.* (1977): Political Parties and Macroeconomic Policy, in: *American Political Science Review*, vol. 71, no. 7, 1467-87.
- Huber, Evelyn/Ragin, Charles/Stephens, John D.* (1993): Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State, in: *American Journal of Sociology*, vol. 99, no. 3, 711-749.
- IMD* (2004): World Competitiveness Yearbook 2004. Internet: <http://www02.imd.ch/wcc/ranking/> (besucht im Dezember 2004).
- Kaiser, André* (1997): Types of Democracy. From Classical to New Institutionalism, in *Journal of Theoretical Politics*, vol. 9, no. 4, 419-442.
- Kirchgässner, Gebhard/Feld, Lars P./Savioz, Marcel R.* (1999): Die direkte Demokratie. Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig. Basel, Helbing und Lichtenhahn.
- Klingemann, Hans-Dieter* (1999): Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis, in: *Norris, Pippa (ed.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Government.* Oxford, Oxford University Press, S. 31-56.
- Kley, Roland* (1999): Der Friede unter den Demokratien. Bern/Wien, Stämpfli/Manz.
- Lane, Jan-Erik/Ersson, Svante* (1997): The Institutions of Konkordanz and Corporatism: How closely are they connected?, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 3, Nr. 1, S. 5-30.
- Lauth, Hans-Joachim* (2004): Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lehmbruch, Gerhard* (1992): Konkordanzdemokratie, in: *Schmidt, Manfred G.* (Hrsg.): Die westlichen Länder. Lexikon der Politik hrsg. von Dieter Nohlen. Verlag C.H. Beck, München, S. 206-211 [Band III].
- Lijphart, Arend* (1994): *Democracies*, New Haven, Yale University Press.
- Lijphart, Arend* (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries.* New Haven, Yale University Press.
- Lepsius, M. Rainer* (1988): *Interessen, Ideen, Institutionen.* Opladen, Leske + Budrich.
- Loewenstein, Karl* (1959): *Verfassungslehre.* Tübingen, Mohr-Siebeck.
- Luthardt, Wolfgang* (1997): Formen der Demokratie. Die Vorteile der Konkordanzdemokratie, in: *Jesse, Eckhardt/Kailitz, Steffen* (Hrsg.): *Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus,* Baden-Baden, Nomos, S. 51-58.
- Marxer, Wilfried* (2004a): Demokratie? Erscheinungsformen einer Idee, in: *Beiträge, Liechtenstein-Institut*, Nr. 23.

- Marxer, Wilfried* (2004b): „Wir sind das Volk“ – Direkte Demokratie: Verfahren, Verbreitung, Wirkung, in: Beiträge, Liechtenstein-Institut Nr. 24.
- Merkel, Wolfgang/Puhle Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter* (2003): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen, Leske + Budrich.
- Merki, Christoph Maria* (in Ersch.): Wirtschaftswunder Liechtenstein.
- Muller, Edward N./Seligson, Mitchell A.* (1994): Civic Culture and Democracy. The Question of Causal Relationships, in: American Political Science Review, vol. 88, no. 3, S. 635-652.
- Pállinger, Zoltán Tibor* (2005): Herausgeforderte Demokratie: Zukunfts- oder Auslaufmodell?, in: Beiträge, Liechtenstein-Institut Nr. 27.
- Pállinger, Zoltán Tibor* (1997): Die politische Elite Ungarns im Systemwechsel. 1985 – 1995. Bern, Verlag Paul Haupt.
- Patzelt, Werner J.* (1993): Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung. Passau: Wissenschaftsverlag Paul Rothe [2., ergänzte Auflage].
- Sartori, Giovanni* (1992): Demokratietheorie. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Sartori, Giovanni* (1994): Neither Presidentialism nor Parliamentarism, in *Linz, Juan / Valenzuela, Arturo* (eds.): The Failure of Presidential Democracy. Baltimore/London, Johns Hopkins University Press, 106-118.
- Schmidt, Manfred G.* (2000): Demokratietheorien. Eine Einführung. Opladen, Leske + Budrich [3., überarbeitete und erweiterte Auflage].
- Schmidt, Manfred G.* (1998b): Das politische Leistungsprofil der Demokratien in: *Greven, Michael T.* (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen, Leske + Budrich, S. 181-199.
- Schmidt, Manfred G.* (1998a): Sozialpolitik in Deutschland: Historische Entwicklung und historischer Vergleich. Opladen, Leske + Budrich.
- Schmidt, Manfred G.* (1993): Theorien der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, in: *Héritier, Adrienne* (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung in: PVS-Sonderheft 24, S. 371-393.
- Schmidt, Manfred G.* (1996): When parties matter: A review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy, in: European Journal of Political Research, vol. 30, no. 5, 155-183.
- Schreyer, Bernhard/Schwarzmeier, Manfred* (2000): Grundkurs Politikwissenschaft: Studium der politischen Systeme. Eine Studienorientierte Einführung. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Schuett-Wetschky, Eberhard* (1984): Grundtypen parlamentarischer Demokratie. Freiburg i.Br., Alber.

- Seiffert, Helmut* (1992): Einführung in die Wissenschaftstheorie (3 Bände). München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung [11. Auflage].
- Shugart, Matthew Soberg / Carey, John M.* (1992): Presidents and Assemblies: Constitutional Design and Electoral Dynamics. New York, Cambridge University Press.
- Steffani, Winfried* (1997): Grundzüge einer politologischen Gewaltenteilungslehre, in: Steffani, Winfried (Hrsg.): Gewaltenteilung und Parteien im Wandel. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Steffani, Winfried* (1979): Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Tsebelis, George* (1995): Decision Making in Political Systems. Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism, and Multipartyism, in: British Journal of Political Science, No. 25, 289-325.
- Tsebelis, George* (2002): Veto Players: How Political Institutions Work. Princeton, Princeton University Press.
- Tufte, Edward R.* (1978): Political Control of the Economy. Princeton, Princeton University Press.
- Vanhanen, Tatu* (2003): Democratization. A Comparative Analysis of 170 Countries. London, Routledge.
- United Nations Development Programme* (2004): Human Development Report. Cultural liberty in today's diverse world. Internet: <http://hdr.undp.org/reports/global/2004/> (besucht im Dezember 2004).
- Vanhanen, Tatu* (1997): Prospects of Democracy. A study of 172 Countries. London/New York, Routledge.
- Vatter, Adrian* (2002), Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen. Opladen, Leske + Budrich.
- Weber Max* (1973): Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft, in: Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Hrsg. J. Winckelmann. Tübingen, Mohr [4. Auflage].
- WEF* (2004): Global Competitiveness Report 2004-2005. Internet: <http://www.weforum.org/site/homepublic.nsf/Content/Global+Competitiveness+Programme%5CGlobal+Competitiveness+Report> (besucht im Dezember 2004).
- Welzel, Christian* (2000): Humanentwicklung und Demokratie: Welcher Index erfasst die „humane“ Dimension der Demokratie am besten? in: *Laut, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian. (Hrsg.):* Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, S. 132-162.
- Welzel, Christian/Inglehart, Ronald/Klingemann, Hans-Dieter* (2001): Human Development as a General Theory of Social Change: A Multi-Level and Cross-Cultural Perspective, in: Veröffentlichungsreihe der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel des Forschungsschwer-

punkts Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, FS III 01-201.

YCELP/CIESIN (2002): 2002 Environmental Sustainability Index. An Initiative of the Global Leaders of Tomorrow Environment Task Force, World Economic Forum Annual Meeting 2002. Internet: <http://www.ciesin.columbia.edu/indicators/ESI/downloads.html> (besucht im Dezember 2004).

7 Anhänge

7.1 Anhang 1: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Land	GDP/c 2002	GDP/C zu PPP 2002	Δ GDP/p.a. 1990-2002	Δ CPI/p.a. 1990-2002
Norwegen	41'974	36'600	3.0	2.2
Schweden	26'929	26'050	2.0	1.8
Australien	20'822	28'260	2.6	2.3
Kanada	22'777	29'480	2.2	1.8
Niederlande	25'888	29'100	2.2	2.5
USA	36'006	35'750	2.0	2.6
Schweiz	36'687	30'010	0.4	1.4
Österreich	25'356	29'220	1.9	2.1
Luxemburg	47'354	61'190	3.7	2.0
BRD	24'051	27'100	1.3	2.1
Ø OECD	22'987	24'904	1.7	
Ø Ärmste Län- der	451	2'149	2.3	
Ø Welt	5'174	7'804	1.2	
Liechtenstein	≈78'000	≈63'000	5.1	1.4

Legende: GDP/c = Bruttoinlandprodukt pro Kopf in US\$.

GDP/c zu PPP = Kaufkraftbereinigtes Bruttoinlandprodukt pro Kopf in US\$.

Δ GDP/p.a. = Durchschnittliche Veränderung des Bruttoinlandprodukts pro Jahr in %.

Δ CPI/p.a. = Durchschnittl. Veränderung des Konsumentenpreisindex pro Jahr in %.

Quellen: UNDP (2004); Für Liechtenstein Merki (in Ersch.) und eigene Berechnungen.

7.2 Anhang 2: Soziale Leistungsfähigkeit

Land	GesundGDP 2001	Trinkwasser 2000	Lebenserw 2000	BildungGDP 1999-2001
Norwegen	8.1	100	78.9	6.8
Schweden	9.8	100	80.1	7.6
Australien	9.2	100	79.2	4.6
Kanada	9.6	100	79.3	5.2
Niederlande	9.0	100	78.3	5.0
USA	13.9	100	77.1	5.6
Schweiz	1.0	100	79.1	5.6
Österreich	8.1	100	78.5	5.9
Luxemburg	6.0	100	78.4	4.1
BRD	10.8	100	78.3	4.6
Ø OECD		100	77.2	
Ø Ärmste Län- der		76	59.2	
Ø Welt		82	66.9	
Liechtenstein		100	79.4	

Legende: GesundGDP = Öffentliche und private Gesundheitsausgaben in % des Bruttoinlandprodukts

Trinkwasser = Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Trinkwasser in %.

Lebenserw = Durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt in Jahren.

BildungGDP = Öffentliche Bildungsausgaben in % des Bruttoinlandprodukts.

Quellen: UNDP (2004); Für Liechtenstein: CIA (2004).

7.3 Anhang 3: Gleichheit

Land	RangGEM 2004	FrauParl 2004	FrauEink 1999-2001	KonsumArm 1999-2001	Gini 1999-2001
Norwegen	1	36.4	0.74	9.6	25.8
Schweden	2	45.3	0.83	9.1	25.0
Australien	8	26.5	0.71	5.9	35.2
Kanada	10	23.6	0.63	7.0	33.1
Niederlande	5	35.1	0.53	7.3	32.6
USA	14	14	0.62	5.4	40.8
Schweiz	12	24.8	0.50	6.9	33.1
Österreich	13	30.6	0.36	8.1	30.0
Luxemburg		23.3	0.38	8.4	30.8
BRD	9	31.4	0.52	8.5	28.3
Liechtenstein		12.0			

Legende: RangGEM = Rangierung gemäss Gender Empowerment Measure (GEM) der UNDP. Beim GEM handelt es sich um einen zusammengesetzten Index, der die Ungleichheit der Geschlechter misst.

FrauParl = Anteil der von den Frauen gehaltenen Sitzen im nationalen Parlament in %.

FrauEink = Verhältnis der von Frauen verdienten Einkommen zu dem von Männern verdienten Einkommen.

KonsumArm = Anteil der ärmsten 20 % der Bevölkerung am Einkommen oder an den Konsumausgaben.

Gini = Gini-Index misst die Ungleichheit der Einkommensverteilung oder der Konsumausgaben in %. Je tiefer der Wert, desto gleicher die Verteilung.

Quellen: UNDP (2004).

7.4 Anhang 4: Nachhaltigkeit

Land	RangESI 2002	WertESI 2002	Elektrizität 2001	CO2 2000	Energieint 2001
Norwegen	2	73.0	29'290	11.1	5.5
Schweden	3	72.6	17'355	5.3	4.0
Australien	16	60.3	11'205	18.0	4.2
Kanada	4	70.6	18'212	14.2	3.2
Niederlande	34	55.4	6'909	8.7	5.2
USA	45	53.2	13'241	19.8	4.0
Schweiz	5	66.5	8'499	5.4	6.5
Österreich	7	64.2	8'110	7.6	6.8
Luxemburg			15'602		5.0
BRD	50	52.5	7'207	9.6	5.6
Ø OECD			8'503	10.9	4.7
Ø Ärmste Län- der			400	0.9	3.6
Ø Welt			2'361	3.8	4.2
Liechtenstein			9'495		

Legende: RangESI = Rangierung gemäss dem Environmental Sustainability Index (ESI) des Yale Center for Environmental Law and Policy (YCELP) und Center for International Earth Science Information Network (CIESIN). Beim ESI handelt es sich um einen zusammengesetzten Index, der den Fortschritt in Richtung nachhaltiger Entwicklung misst.

WertESI = Absolute Höhe des Werts auf der ESI-Skala (höchster möglicher Wert 100).

Elektrizität = Elektrizitätsverbrauch pro Kopf in Kilowatt/Stunden.

CO2 = CO₂-Emissionen pro Kopf in Tonnen.

Energieint = Einheit Bruttoinlandprodukt, das durch den Einsatz einer Energieeinheit (Äquivalent von 1 kg Öl) generiert wird.

Quellen: UNDP (2004), YCELP/CIESIN (2002), Fürstentum Liechtenstein Amt für Volkswirtschaft (2004).

7.5 Anhang 5: Demokratie

Land	Vanhanen 1993	Polyarchie 1993	Freedom House 2004
Norwegen	35.9	1	2 (1/1)
Schweden	39.1	1	2 (1/1)
Australien	32.4	1	2 (1/1)
Kanada	28.3	1	2 (1/1)
Niederlande	38.4	1	2 (1/1)
USA	20.7	1	2 (1/1)
Schweiz	23.7	1	2 (1/1)
Österreich	35.4	1	2 (1/1)
Luxemburg	37.4	1	2 (1/1)
BRD	37.2	1	2 (1/1)
Ø OECD		1	
Ø Ärmste Län- der			
Ø Welt	13.86	0.34	
Liechtenstein	20.9	1	2 (1/1)

Legende: Vanhanen = Index der Demokratisierung nach Vanhanen (0 = keine Demokratie; 100 = entwickelte Wettbewerbsdemokratie).

Polyarchie = Polyarchieskala nach Dahl für 1993 (0 = keine Demokratie; 1 = Demokratie).

Freedom House = Kombiniertes Index (2 - 5 = free; 6 - 11 = partly free; >11 = not free) aus den Indizes für Politische Rechte (1 = hoch entwickelte politische Rechte; 7 = keine politischen Rechte) und für Freiheitsrechte (1 = ausgebaute Bürgerrechte; 7 = keine Bürgerrechte).

Quellen: Coppedge (1995), Freedom House (2004), Schmidt (2000) für die angegebenen Durchschnittswerte, Vanhanen (1997) sowie eigene Berechnungen für den Liechtenstein-Wert des Vanhanen-Indexes.

7.6 Anhang 6: Umfassende Leistungsfähigkeit

Land	RangHDI 2002	WertHDI 2002	Patriot 90er Jahre	REG 90er Jahre	DEMO 90er Jahre
Norwegen	1	0.956	81	70	93
Schweden	2	0.946	85	33	93
Australien	3	0.946	73	23	83
Kanada	4	0.943			
Niederlande	5	0.942			
USA	8	0.939	76	25	87
Schweiz	11	0.936	60	46	91
Österreich	14	0.934			
Luxemburg	15	0.9333			
BRD	19	0.925	37	22	92

Legende: RangESI = Rangierung gemäss dem Human Development Index (HDI) des United Nations Development Programme (UNDP.) Beim ESI handelt es sich um einen zusammengesetzten Index, der den Entwicklungsstand eines Landes anhand von Indikatoren wie Lebenserwartung bei der Geburt, Alphabetisierungsrate, Bildungsniveau und reale Kaufkraft pro Kopf misst.

Patriot = Anteil der Befragten, die ihre politische Gemeinschaft unterstützen in %.

Regierung = Anteil der Befragten, die mit der Leistung der Regierung zufrieden sind in %.

Demokratie = Anteil der Befragten, die Demokratie für die beste aller Regierungsformen halten in %.

Quellen: UNDP (2004), Klingemann (1999).